

Regierungsratsbeschluss

vom 26. Juni 2012

Nr. 2012/1357

Vernehmlassung zur Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU), Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 2. April 2012 gelangt die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes (GSchG).

Im Rahmen des verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens wurden das Volkswirtschaftsdepartement, das Amt für Raumplanung und das Amt für Umwelt mit den Unterlagen zur GSchG-Teilrevision bedient. Aufgrund der Rückmeldungen ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt vom 26. Juni 2012

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (wue, CD, mh) (3)
Amt für Raumplanung
Volkswirtschaftsdepartement
Ratsleitung (8)
Eidg. Parlamentarier (9)